

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 68, 3. Jhrg. (C) Frankfurt/Main, 8.4.1949.

Seite 1

Die Information von heute:

Aus der Union

Der Landesausschuss der CDU des Landesverbandes Rheinland ist für den 22. April in das Haus des Landtages nach Düsseldorf eingeladen worden. Die Konferenz wird u. a. zum Bonner Grundgesetz, zu den Bundeswahlen und zur Verschmelzung des Zentrums mit der CDU Stellung nehmen.

Wirtschaftspolitik

In Rheinland-Pfalz ist am 1. April das neue Landesgesetz gegen Preistreiberei in Kraft getreten. Es tritt an die Stelle des alten Landesgesetzes gegen die Preistreiberei 1939, das am 31. März 1949 außer Kraft getreten ist.

Grenzlandfragen

Auf einer Grenzlandkundgebung in Aachen erklärte der Vorsitzende des Grenzlandausschusses für Nordrhein-Westfalen, Abg. Dr. Schwering (CDU), Landraub sei Landraub und Annektionen seien Faustrecht. Deutschland werde die Westannektionen genau so wenig anerkennen wie die an der Oder-Neisse.

Innenpolitik

In der Bremer Bürgerschaft lehnte die sozialistische Mehrheit den CDU-Antrag auf Verkleinerung des Senats von 14 auf 8 Mitglieder ab. Ein weiterer Antrag der CDU, die pensionsberechtigten Beamten aus den Ostzonen mit denen des Landes Bremen gleichzustellen und dafür 600 000 Mark zu bewilligen, wurde an die Finanzdeputation überwiesen.

Kulturpolitik

Das württembergisch-badische Kulturpfennig-Gesetz wird von Beamten der Informationsabteilung bei der US-Militärregierung als eine klare Verletzung demokratischer Prinzipien bezeichnet; es stelle den Versuch dar, die Freiheit der Presse zu beschränken.

Ostzone

Der bisherige dritte Vorsitzende des FDGB, Ernst Lemmer, der vor zwei Jahren von der sowjetischen Militärverwaltung von seinem Posten als zweiter Vorsitzender der Sowjetzonen-CDU abgesetzt worden war, erklärte seinen Rücktritt, da er beabsichtige, sich ausschließlich publizistischen Aufgaben zu widmen.

72000 Rentenanträge blicken liegen

In Rheinland-Pfalz mehren sich seit langer Zeit die Beschwerden über die Nichtbearbeitung von Rentenanträgen in der Kriegsopferfürsorge. Es ist bekanntgeworden, dass in Rheinland-Pfalz zur Zeit die Bearbeitung von rund 38 000 Rentenanträgen von Kriegsbeschädigten, von rund 14 000 Rentenanträgen von Kriegerwitwen und von rund 20 000 Rentenanträgen auf Elternrenten, insgesamt also von 72 000 Rentenanträgen rückständig ist, monatlich 8 000 bis 9000 Anträge eingehen, von denen nur 3 500 monatlich erledigt werden können, so dass die Rückstände um monatlich 5 000 anwachsen. Der Haushaltsplan der Versorgungsdienststellen musste deshalb dem Arbeitsministerium vom Haushalts- und Finanzausschuss zur Neubearbeitung zurückgegeben werden. Die CDU-Fraktion hat im Hinblick auf diese Verhältnisse im Landtag eine Grossanfrage eingebracht, in der das Arbeitsministerium um Auskunft darüber ersucht wird, was es zu tun gedenke, um im Interesse der betroffenen Hunderttausende von Kriegsversehrten, Kriegerwitwen, Kriegerwaisen, Kriegereltern und ihrer Angehörigen die organisatorischen Voraussetzungen zur alsbaldigen Erledigung ihrer Rentenanträge zu schaffen. Die Anfrage verlangte ferner Auskunft darüber, inwieweit sich die Lage in der unter Aufsicht des Arbeitsministeriums stehenden Angestellten- und Invalidenversicherung von der Lage in der Kriegsopferversorgung unterscheidet, welche Zahl von unbearbeiteten Rentenanträgen hier vorliegt und welche Massnahmen getroffen sind, um eine geordnete Bearbeitung in kürzester Frist sicherzustellen.

Zum Schutze der Sicherheit

Angesichts von schweren Bluttaten und Überfällen der letzten Zeit und einer fortwährenden oder erneut wieder auflebenden Einbruchstätigkeit durch Elemente, vermutlich aus Ausländer- (DP-) Kreisen, hat die CDU-Fraktion des badischen Landtages beantragt, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, für eine beschleunigte Erweiterung der deutschen Polizeibefugnisse gegenüber DP's und für eine Angleichung der Befugnisse der badischen Polizei an die Rechtsverhältnisse in Südwürttemberg schnellstens Sorge zu tragen.

Wohnungsbau

Gründung der "Landsiedlung Rheinland-Pfalz"

In Koblenz wurde unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsminister Stübinger (CDU) das auf Grund des Gesetzes zur Bodenreform zu schaffende gemeinnützige Siedlungsunternehmen die "Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH" gegründet. Gesellschafter sind das Land Rheinland-Pfalz und die drei Landwirtschaftskammern des Landes. Zweck der neu gegründeten Gesellschaft ist u. a., landwirtschaftliche Siedlungen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes zur Bodenreform durchzuführen.

Gleichberechtigung der Frau und ihre politische Bedeutung

Die Frage der Gleichberechtigung der Frau steht in letzter Zeit mit im Mittelpunkt des politischen Interesses. Ein Volk, das wie das deutsche in seinen geschwächtesten Zeiten die Aufgabe hat,

seinen Staat neu aufbauen zu müssen, läuft leicht Gefahr, radikalen politischen Meinungen zuzustimmen, die oft mit einer gewissen Skrupellosigkeit zu Lösungen der all gemeinen Sorgen und Unsicherheit neigen, die auf den ersten Blick erstrebenswert erscheinen. Gerade das Wissen um die kritiklosere politische Betrachtungsweise der Durchschnittswähler gibt einem verantwortungslosen Propagandawillen gewisser politischer Kreise Auftrieb, dem ein entschiedenes "halt" entgegengebracht werden muss.

Die öffentliche Meinung wird leider noch immer dahin gelenkt, dass die Frauen wenig Verständnis für die Politik und ihre Aufgaben hätten. Dabei haben gerade in den vergangenen Jahren die Frauen ihr Können und ihre Sicherheit in der Meisterung des Lebens deutlich bewiesen. Sie sind mit ihren zusätzlichen Aufgaben gewachsen in der Aufgeschlossenheit für die politischen Probleme und ganz besonders da, wo es sich um die eigenen Pflichten und Rechte handelt. Sie haben in den verflossenen Zeiten in besonderen Maße feststellen müssen, dass die staatlichen Gesetze in bezug auf die Rechte der Frau durchaus nicht mit den übereinstimmen, was das praktische Leben für sie verlangt. Es ist daher verständlich, wenn die Frauen mit Interesse die Diskussionen in Bonn verfolgen, da gerade diese ihre eigenen und notwendigen Rechte regeln.

Diese Erkenntnis veranlasst die SPD, die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat mit dem Getöse einer Parteipropaganda zu vernebeln, welche die öffentliche Meinung so zu beeinflussen versucht, dass man am Ende glauben könnte, nur die SPD vertrete die Rechte der Frau. Das stimmt nicht. Alle Fraktionen haben für eine Änderung der Rechte der Frau zugestimmt. Im Gegenteil. Um auch nur den Schein eines Missverständnisses, welches bereits durch die SPD-Propaganda bei Beginn der Verhandlungen in Bonn in Presse und Rundfunk heraufbeschworen wurde, zu vermeiden, hat gerade die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats am 14.12.1948 folgende Formulierung vorgeschlagen: "Männer und Frauen haben die gleichen Rechte und Pflichten. Die Gesetzgebung hat dies auf allen Rechtsgebieten zu verwirklichen".

Im öffentlichen Leben gilt dieser Grundsatz schon lange, seit Wahlrecht und Wählbarkeit der Frau eingeführt sind. Daneben muss diese Forderung in erster Linie für die berufstätige Frau durchgeführt werden. Berufswahl, Berufsausbildung, Berufsaussichten und Entlohnung müssen künftig nach diesem Prinzip geregelt werden.

Die ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und die damit verbundene notwendige stärkere innere Selbständigkeit verlangen die Berufserlernung für jedes junge Mädchen. Dies bedeutet allerdings nicht den Berufsausübungszwang für jede Frau. Denn Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau ist noch lange nicht Gleichwertigkeit. Diesen Fehler macht der konsequente Marxismus, der das Leben der Frau dem des Mannes in allen Lebensbedingungen gleichsetzen will.

In der Ostzone, wo gegen den Willen ihrer Bevölkerung diese Grundsätze bereits zwangsweise durchgeführt werden, sehen wir die praktische Auswirkung solchen Denkens. Dort steht nicht der Mensch in seiner Eigenart als Mann oder Frau im Mittelpunkt des staatlichen Lebens, sondern der Staat gebraucht den Menschen gleichmässig zur Verwirklichung seiner Machtansprüche.